

zeitung gegen den krieg

Nr. 61 Frühjahr 2026

US-Aggressionen mit Blockaden, Regime Change und Kriegseinsätzen

Interview mit Jeffrey Sachs, Ökonom und Professor an den Columbia-Universität in New York

Was bedeuten die jüngsten aggressiven Aktionen von US-Präsident Trump gegen Venezuela, Iran, Grönland, Kuba usw. für den Weltfrieden?

Die USA sind seit langem das gewalttätigste Land der Welt und führen unzählige Kriege, ohne die Zustimmung der UNO einzuholen. Dazu gehören die Kriege in Südostasien (Vietnam, Kambodscha, Laos) in den 1960er- und 1970er-Jahren, die Kriege in Mittelamerika in den 1980er-Jahren sowie die Kriege im Nahen Osten und in Zentralasien (einschließlich Afghanistan) seit den 1980er-Jahren. Darüber hinaus führen die USA verdeckte und offene Operationen zum „Regime Change“ durch, wie jüngst in Venezuela, und verhängen schädliche Sanktionen gegen Dutzende Länder weltweit. Trump hat all diese Maßnahmen kürzlich eskaliert und behauptet, als Präsident weder an das Völkerrecht noch an die US-Verfassung gebunden zu sein.

Viele dieser Kriege spiegeln das katastrophale Bestreben der USA wider, die dominierende Weltmacht zu sein. Seit dem Ende der Sowjetunion im Jahr 1991 haben die USA ihre aggressiven Aktionen eskaliert, mehrere Kriege geführt, Verträge wie den ABM-Vertrag und das Atomabkommen mit dem Iran gekündigt, das Völkerrecht ignoriert und viele Farbenrevolutionen inszeniert, um Regime zu stürzen. Die NATO-Erweiterung seit den 1990er Jahren erfolgte planmäßig durch die USA, um ihre Hegemonie in Europa zu behaupten und

Russland zu schwächen. Dies erfolgte unter Verletzung von Zusagen an die Sowjetunion bzw. Russland, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. Der Krieg in der Ukraine ist das direkte Ergebnis des Versuchs, die NATO trotz der klaren roten Linien Russlands auf die Ukraine auszuweiten. Diese Kriege, Operationen zum „Regime Change“, einseitigen Sanktionen und Farbenrevolutionen haben weder der Weltgemeinschaft noch den USA gedient. Stattdessen wurden Billionen US-Dollar verschwendet, ohne die gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Darüber hinaus hat die Straffreiheit der USA das Völkerrecht und die UNO erheblich geschwächt. Für die USA ist es am besten, dieses illegale Verhalten zu beenden. Die beste Wahl für den Rest der Welt – einschließlich Europas – ist es, sich zusammenzuschließen und den USA deutlich zu machen, dass sie aufhören müssen, den Rest der Welt zu schikanieren.

Wie kann Trumps Kriegskurs gestoppt werden? Welche gesellschaftlichen und politischen Kräfte können dies bewirken? Trumps Kriegskurs kann gestoppt werden, indem der Rest der Welt den USA klarmacht, dass alle Operationen für einen „Regime Change“ empörend, illegal und inakzeptabel sind. Europa muss seine stillschweigende Zustimmung zu den USA beenden und deutlich machen, dass jeder Versuch, Grönland zu übernehmen, das sofortige Ende der NATO bedeuten würde (die ohnehin in den 1990er Jahren hätte aufgelöst werden sollen). Europa, China, Russland, Indien, die Afrikanische

Ostermarsch 2026 – vielfältige Forderungen

Frieden nur antimperialistisch – Unfrieden made in USA

Eine russische Stimme für Frieden – Wiesbaden/Grafenwöhr

Wiederaufbau Gaza – ohne Souveränität

Widerstand gegen Militarisierung und Kriegsdienst

Seite 2

Seite 4

Seite 6

Seite 7

Seite 8



Widerstand – in der Zeit der Monster

Hast du dich nicht auch schon gefragt, ob „sie“ nicht total verrückt und durchgeknallt sind und ob sie uns nicht mehr schaden als denjenigen, denen sie schaden wollen? Mit „sie“ sind unsere Regierenden in Deutschland und in EU-Europa gemeint. Ein großer Teil unserer Bevölkerung fragt sich zu Recht, wohin die wahnwitzige Aufrüstung führt, die uns mit Hunderten von Milliarden verschuldet hat und in wenigen Jahren fast 50 % des Haushalts verschlingen wird. Wozu die Sanktionen gegen Russland, die die Energiepreise in die Höhe trieben, die Deindustrialisierung förderten und zu mehr Armut und Sozialabbau führten? Die Regierung wendet sich verbal gegen Trump, folgt ihm aber in Vasallentreue, unterwirft

sich ihm ökonomisch – 15 % mehr Steuern werden unsere Exportwirtschaft endgültig ruinieren – und auch politisch: 5 % vom BIP für die Rüstung bedeuten die weitere Vernichtung des restlichen Wohlstandes. Der brutale Neuordnungsimperialismus Trumps wird real unterstützt (Gaza, Venezuela, Iran etc.).

Die Bundesregierung und die Führung von EU-Europa tun all dies bewusst, aber voller Illusionen über das längst vergangene Alte, das verfälschend „transatlantische Freundschaft“ hieß, und mit der Unfähigkeit, das Neue zu begreifen. Ja, die alte Weltordnung ist tot, die neue noch nicht geboren – es ist die Zeit der Monster! Auf diese Herausforderungen eine eigene, an den deutschen und europäischen Interessen ausgerichtete Friedenspolitik zu entwickeln, dazu sind die Regierungen

unfähig, unwillig und weder intellektuell noch strategisch in der Lage, da sie den Interessen der besitzenden Minderheiten verpflichtet sind.

Die Antwort der Regierungen ist simpel und verkommen: Kriegsvorbereitung, Kriegstüchtigkeit und Doppelmaut. Hemmungslose Aufrüstung bis hin zu möglichen eigenen Atomwaffen, und ein Feindbild Russland, das in seiner Primitivität kaum zu überbieten ist.

Vergessen sind die UNO-Charta, das Friedensgebot des Grundgesetzes und die Konsequenzen aus den beiden mörderischen Weltkriegen. Entspannungspolitik Dialog, Diplomatie, Verhandlungen, Abrüstung scheint aus dem Denk- und Sprachschatz verschwunden zu sein, Konfrontation und Kriegswillen prägen den geistigen Horizont unserer politisch Verantwortlichen. Wir können einen großen Krieg nicht mehr ausschließen – wir

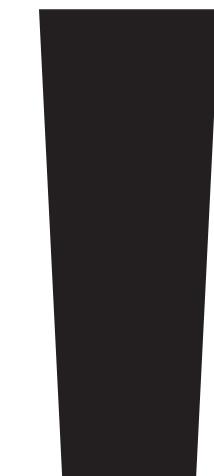
müssen dieser Realität ins Auge sehen – illusionslos aber in dem Wissen: noch kann er verhindert werden. Aber dies erfordert von uns Einiges.

Dazu bedarf es unser aller Aktivitäten, unseres gemeinsamen Engagements, unseres täglichen Handelns in der sich erneuernden, verbreiternden Friedensbewegung national und international – auch bei den Ostermärkten 2026.

Notwendig ist eine neuartige weltweite Koalition der „Friedensvernunft“, die Staaten, gesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen mit der Politik der „Gemeinsamen Sicherheit“ für den Frieden mobilisiert.

Reiner Braun ist Vorstandsmitglied International Peace Bureau (IPB)

Nein



zur Kriegs- tüch- tigkeit

Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Heinz Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)
Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · bundesweite AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteivorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln
Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin
E-Mail Hr.Braun@gmx.net
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Kosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 45 Cent je Ex.
ab 100 Ex.: 32 Cent je Ex.
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein.
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADE01PMB
ISSN 1611-2881



Barbara Heller

Protest gegen Lürssen, Airbus und Co

Marschieren wir gegen den Osten? NEIN! Marschieren wir gegen den Westen? NEIN! Wir marschieren für die Welt, die von Waffen nichts mehr hält, denn das ist für uns am besten.

Hannes Stütz, der Autor des Ostermarschliedes, hat lange in Bremen gelebt. Sein Lied ertönt fast jedes Jahr über den Lautsprecherwagen. Der Text des Liedes könnte

aktueller nicht sein. Das Bremer Friedensforum, zu dessen SprecherInnenkreis ich gehöre, hat auch in diesem Jahr den Ostermarsch angemeldet. Als Friedensbewegung in Deutschlands Norden protestieren wir gegen die hiesige Rüstungshochburg, mit Rüstungskonzernen wie Lürssen, OHB, Airbus, Saab, Atlas-Elektronik u.a. Wir verurteilen, dass über Bremerhaven

Mordwaffen zur Unterstützung von Kriegen in aller Welt verschifft werden. Wir lehnen Pläne zur Militarisierung Bremerhavens ab. Wir wollen nicht, dass von hier aus NATO-Truppen mit ihren Waffen und Kampffahrzeugen in den Krieg an die Ostfront ziehen.

Barbara Heller, Sprecher*innenkreis Bremer Friedensforum



Ulrike Eifler

Wir zahlen nicht für den Krieg!

Die Bundesregierung hat beschlossen, das Fünf-Prozent-Ziel der NATO zu erfüllen. Jeder zweite Euro soll für Rüstung ausgegeben werden. Man muss kein Rechengenie sein, um zu sehen: Viel Geld für Arbeit, Bildung, Gesundheit oder Rente bleibt dann nicht mehr. Dafür wird der Sozialstaat unter Finanzierungsvorbehalt gestellt: Streichung von Feiertagen,

Abschaffung des Achtstundentages, Angriff auf unsere Rente. Alles steht zur Disposition. Wieder zeigt sich: Es sind die Beschäftigten, die für den Krieg zahlen sollen.

Deshalb werde ich als Gewerkschafterin an den Ostermarschen teilnehmen. Die Bundesregierung darf sich nicht damit durchsetzen, uns ihren Epochenbruch in der Sozialpolitik als wirtschaftspoliti-

sche Vernunft zu verkaufen. Ihre Angriffe zielen auf die Abschaffung von Schutzrechten und sollen uns in die Kriegsvorbereitung einbinden. Das bedroht auch die Existenz unserer Gewerkschaften. Angriffe wie diese können wir nicht allein, sondern müssen wir gemeinsam mit der Friedensbewegung abwehren!

Ulrike Eifler ist Gewerkschaftssekretärin in Würzburg

Judith Stolzenberg



Stopp Air Base Ramstein – gemeinsam für den Frieden

Die Praxis der gezielten Tötungen durch Kampfdrohnen, vor allem in Westasien, hat seit den Nullerjahren unzählige zivile Opfer gefordert und gilt nach Einschätzung der UNO und vieler anderer Menschenrechtsorganisationen als völkerrechtswidrig. Seit 2015 fordern Friedensaktivisten aus ganz Deutschland und internationale Unterstützer mit der Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ deshalb nicht nur ein Ende dieser Kriegsführung und als langfristiges Ziel die Schließung der Air Base. Damit einhergehend soll ein stärkeres Bewusstsein der Menschen

für Frieden, Abrüstung und Souveränität geschaffen werden.

Herzstück der Kampagne ist die jährliche Friedenswoche im Sommer. Vom 20. bis zum 28. Juni entsteht dieses Jahr wieder ein lebendiges Friedenscamp mit Vorträgen, Workshops, Musik und Austausch über das aktuelle Weltgeschehen und friedliche Wege zur Konfliktlösung in Steinwenden nahe Ramstein. Jeder ist willkommen, um dort zu lernen, sich zu vernetzen und Zukunftsidee für eine friedliche Welt zu entwickeln.

Höhepunkt der Woche ist die große Friedensdemonstration am 27. Juni 2026, die direkt vor den Toren der Air Base in Ramstein-

Miesenbach stattfindet. Mit transparenten, Redebeiträgen und Musik fordern die Teilnehmer ein Ende der völkerrechtswidrigen Militäreinsätze sowie der durch die Air Base verursachten Umweltbelastung in der Region.

Auch nach über zehn Jahren besteht die Kampagne weiterhin mit ungebrochener Entschlossenheit. Gerade in unsicheren Zeiten wollen die Menschen ein Zeichen setzen: Frieden ist keine Utopie, sondern eine gemeinsame Aufgabe. Jeder ist eingeladen, ein Zeichen für Menschlichkeit, Transparenz und eine Welt ohne Krieg zu setzen.

Judith Stolzenberg ist aktiv in der Kampagne Stopp Air Base Ramstein

Die Air Base Ramstein in Rheinland-Pfalz ist der wichtigste Militärstützpunkt der USA außerhalb ihres Landes und dient vor allem als logistische Drehscheibe. Insbesondere die dortigen technischen Einrichtungen, die seit vielen Jahren für den illegalen Drohnenkrieg genutzt werden, rücken den Standort ins Rampenlicht.



Willi van Ooyen,

Ostermarsch 2026: Vielfältige Forderungen wie noch nie

Solidarität vor allem in Regionen mit multi-ethnischer Bevölkerungsstruktur ein beherrschendes Thema. Die maßgeblich durch die US-Politik provozierten Konfliktherde sind kaum noch überschaubar und können von uns nur anhand der direkten Betroffenheit ethnischer Gemeinschaften benannt werden. Dazu gehört vor allem die Palästina-Solidarität, mit der eine eindeutige Kritik aus Deutschland gegenüber dem andauernden Genozid Israels in Gaza eingefordert wird. Hinzu kommen Reaktionen auf völlig illegale Militäraktionen der USA wie gegen Venezuela sowie die fast

täglichen Gewaltandrohungen des selbsternannten „Friedenspräsidenten“ Trump gegen eine ganze Reihe weiterer Staaten.

Besonders wichtig ist die Unterstützung von Initiativen, die sich erstmalig zutrauen, Ostern 2026 Aktionen zu planen. Neben „klassischen“ Demonstrationen und Kundgebungen spielen lokal auch spezifische Aktionsformen eine Rolle, wie Proteste gegen Rüstungsindustrie und Militäranlagen sowie Friedengottesdienste. Aus der Vielfalt örtlicher Aufrufe können folgende Forderungen an die deutsche Politik hervorgehoben werden:

Friedensfähig statt erstschnellfähig: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland! Für eine neue internationale Sicherheitsarchitektur!

Abrüstung statt Sozialabbau: Kein Ruin der öffentlichen Dienstleistung und des Sozialstaates durch exzessive Rüstungsausgaben!

Diplomatie statt Militarisierung: Für diplomatische Initiativen Deutschlands zur Beendigung des Ukrainekrieges!

Willi van Ooyen, Bundesausschuss Friedensratschlag und Ostermarschbüro Frankfurt

Die Ostermarsch-Aktionen zeigen die breite und langjährig etablierte „Infrastruktur“ der Friedensbewegung in unserem Land. In diesem Jahr mehr denn je mit der Vielzahl innenpolitischer Herausforderungen durch die Konsequenzen von Hochrüstung bei gleichzeitigem Rückbau des Sozialstaates, Militarisierung, Reaktivierung der „Wehrpflicht“ und zunehmender Repression.

Gleichzeitig ist die internationale



Michael Müller

Friedensfähig statt kriegstüchtig

für die Militarisierung der Politik. Auch hierbei gibt es viele Fragen zu klären. Dazu gehört die Rolle der ukrainischen Nationalisten bei den blutigen Demonstrationen im Dezember, zumal eine detaillierte Studie eines ukrainischen Professors nachgewiesen hat, dass viele der tödlichen Kugeln nicht aus Polizeiwaffen stammten.

Seit 2014 ist Europa auf dem Kriegspfad. Der Ausbruch des Ukraine-Kriegs hat diesen Prozess außerordentlich beschleunigt. Hinzu kommt heute die Neuordnung der Welt durch die Machtpolitik der Großmächte, die ihre Verbündeten unter Druck setzen, ihre Militärausgaben massiv zu erhöhen. So fordert der Bundesverteidigungsminis-

nister, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Dies prägt den heutigen Konformismus in den Medien. Was Anfang des letzten Jahrzehnts kaum vorstellbar war, prägt nun die politische Debatte: der explosionsartige Anstieg der Militärausgaben, der den Staat sozial, ökologisch und kulturell handlungsunfähig macht.

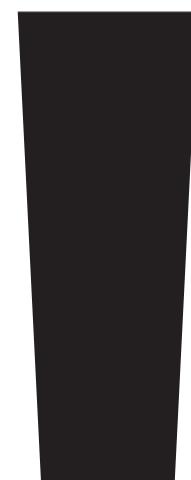
Wir erleben heute keinen Wandel, sondern einen Bruch der Weltordnung und den Beginn einer neuen, harten Realität. Doch bisher glauben die europäischen „Spitzen“ um von der Leyen, Merz, Macron und Starmer, sie könnten mit einer verstärkten Aufrüstung weitermachen wie bisher. Sogar von einer europäischen Atomwaffe ist die

Rede. Die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas scheint „kriegssüchtig“ zu sein. Dabei ist das Wichtigste, was heute dringend gebraucht wird, eine kooperative Sicherheitsordnung. Nur so kann das zivilisatorische Erbe Europas bewahrt werden.

Die Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit bekommt damit eine weitergehende Dimension für neue Netzwerke der Mittelmächte. Gemeinsam handeln und Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig machen, das muss der europäische Weg sein, nicht der Unsinn der Militarisierung, der in seiner Eskalationsspirale nur in den Abgrund führen kann.

Michael Müller ist Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands

Auf-stehn



für
den
Frie-
den



Wolfgang Gehrcke

Unser Marsch ist eine gute Sache

wünschten sich einen Marsch frei von Kommunisten, Lösungen, Transparenten, Sprechchören. Einzig zugelassen war ein großes Holzkreuz, das vorweg getragen wurde.

Dieser erste Oster-Schweigemarsch dauerte drei Tage mit Übernachtung in Tanzsälen und Scheunen. Er brachte Friedensbewegung und antifaschistische Aktivisten zusammen, lag doch das Konzentrationslager Bergen-Belsen ganz nah zum Zielort.

Für mich begann er allerdings mit einem Haken: Ich hatte keine Schuhe. Mein Vater, aktiver Sozialdemokrat, hatte sie beschlagnahmt, damit ich nicht abhauen könnte. Auch meine eindringlichen Mahnungen, sich an die sozialdemokratische Tradition der Friedensbewegung und an die jüngste mit Gewerkschaften und Kirchen initiierte Massenbewegung „Kampf den Atomtod“ zu erinnern, halfen nicht. Denn damit war seit dem Godesberg

Programm von 1959 Schluss, jetzt hieß es SPD-offiziell Ja zu NATO, Wiederbewaffnung und Kriegsdienst. Ich musste mich also barfuß davonstehlen.

Das hat sich aber gelohnt. So konnte ich dabei sein, als diese bis heute lebendige Tradition aus der Taufe gehoben wurde. Wie für viele andere, wurde sie auch für mich zur Universität von Friedenspolitik: Wir

lernten voneinander zu argumentieren und zu streiten, unsere Unterschiede in Lebensweise, Auffassungen, Haltungen zu respektieren - weil es ein Interesse gab, das viel stärker war und ist als unsere Unterschiede: Den Frieden zu retten..

Wolfgang Gehrcke ist Aktivist und früherer MdB – Langtextfassung auf www.frieden-links.de



Peter Raykowski

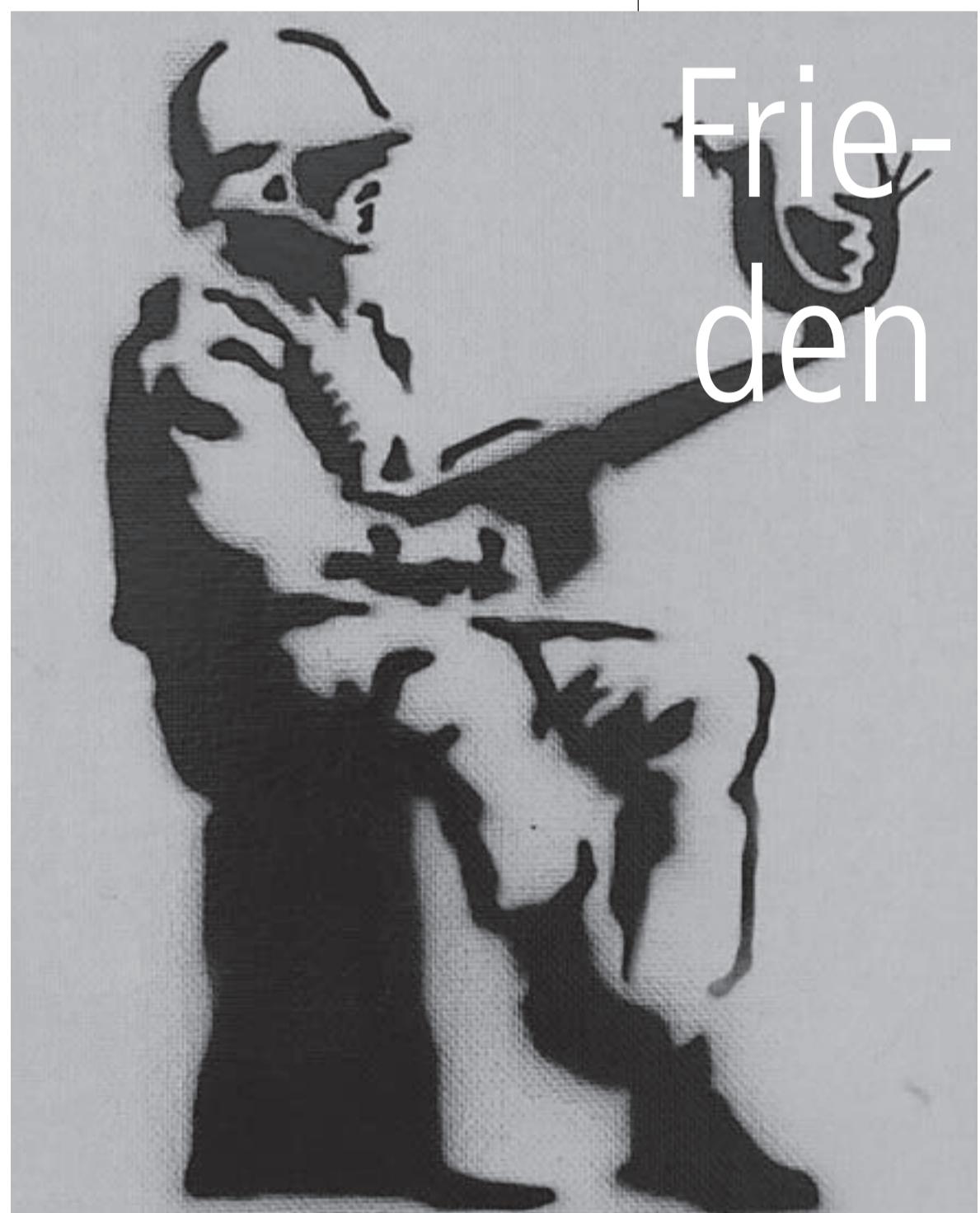
Gegen Feindbilder, Kriegspropaganda und Aufrüstung

Ich bin kurz nach dem 2. Weltkrieg geboren, habe als Kind viele Kriegserzählungen gehört – und die Ängste der Erwachsenen erlebt, die z.B. bei der Kuba-Krise 1962 dachten, jetzt kommt der Krieg zurück! Später haben wir gegen die NATO-Stationierung von Pershing-Raketen protestiert – und mit dem Ende des Kalten Krieges tatsächlich eine Phase der Entspannung und Abrüstung erlebt.

Ich denke, heute können sich junge Menschen kaum vorstellen, dass internationale Verständigung und Abrüstung tatsächlich machbar

sind. Sie erleben ja das Gegenteil: Feindbilder, Kriegspropaganda und gigantische Aufrüstung. Noch dazu können sie bald zum Kriegsdienst verpflichtet werden. Die Bundeswehr soll stärkste Armee Europas werden, kriegstüchtig und siegfähig! Im Herbst sollen hier neue Mittelstreckenraketen mit „Enthauptungs“-Fähigkeit aufgestellt werden. Diese Politik führt direkt in den Krieg! Wir müssen sie stoppen! Die Ostermarsche sind ein wichtiger Schritt dahin!

Peter Raykowski, Friedensbündnis Lüneburg



Frieden nur antiimperialistisch und antikolonial

Julieta Daza

In der Nacht zum 3. Januar weckte uns nahe der venezolanischen Hauptstadt Caracas ein Geräusch, das ich bisher noch nie gehört hatte. Meine Familie und ich befanden uns zu diesem Zeitpunkt in der Küstenstadt La Guaira. Zunächst dachte ich, es handle sich um das Donnern eines karibischen Sturms. Doch nach wenigen Minuten bestätigte sich unsere schlimmste Vermutung: Der lang angedrohte US-Militärangegriff gegen Venezuela hatte begonnen. Wir hörten Flugzeuge und Raketenexplosionen. Es folgte eine Nacht der Angst und Ungewissheit. In einer solchen Situation bangt man um die Sicherheit der Familie, Freunde und Gemeinde, um die der Kinder und alten Menschen. Keine Bevölkerung auf der Welt sollte eine derartige (überdies nicht provozierte) Attacke einer militärischen Großmacht erleben müssen. Unsere

Gedanken wanderten dabei auch zur Realität des palästinensischen Volkes.

In den nächsten Stunden und Tagen erfuhren wir mehr über die Geschehnisse dieser Nacht. Auf Befehl Donald Trumps war das US-Militär mit über 150 Flugzeugen, Hubschraubern und Drohnen in den venezolanischen Luftraum eingedrungen. Es bombardierte zahlreiche militärische, aber auch zivile Ziele und verschleppte den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seine Frau, die Politikerin Cilia Flores, in die USA. Dabei wurden über 100 Menschen, darunter Militärs und Zivilisten sowie 32 kubanische Internationalisten, getötet und 100 weitere verletzt.

Eine solche Attacke, die nicht nur gegen das internationale öffentliche und humanitäre Völkerrecht, sondern auch gegen die eigenen US-Gesetze verstieß, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Seit August hatte Washington seine Militärpräsenz in der Karibik kontinuierlich mit Schiffen, Flugzeugen und sogar einem Atom-U-Boot verstärkt. In diesem Zusammenhang tötete das US-Militär zwischen September 2025 und Januar 2026 bei Angriffen auf Boote über 110 Männer in den Gewässern der Karibik und des Pazifischen Ozeans. Bei ihnen handelte es sich wahrscheinlich um Fischer, die Washington unter der Beschuldigung des Drogenhandels – jedoch ohne jegliche Beweise vorzulegen – außergerichtlich hinrichtete. Stolz zeigten Trump und seine Regierungsmitglieder anschließend die Videos der Angriffe gegen die kleinen und einfachen Boote, bei denen die Angreifer schwer bewaffnet waren.

Ende 2025 verordnete Washington zudem eine Seeblockade, die den Erdölexport Venezuelas behinderte, sowie die einseitige

Schließung des venezolanischen Luftraums. Diese Maßnahmen, die nur als kolonial und imperialistisch bezeichnet werden können, sind Teil einer 2015 begonnenen US-Wirtschaftsblockade mit etwa 1.000 einseitigen Sanktionen, die das Leben der Bevölkerung Venezuelas tief beeinträchtigt haben.

Die USA beanspruchen seit jeher ein angebliches Recht über Lateinamerika und die Karibik, die sie beleidigend als ihren „Hinterhof“ bezeichnen. 1823 erklärten sie unter der Devise „Amerika den Amerikanern“ die sogenannte Monroe-Doktrin zum Prinzip ihrer Außenpolitik. Angesichts des Niedergangs der US-Hegemonie greift Washington die nie beiseitegelegte Monroe-Doktrin mit der aktuellen „Nationalen US-Sicherheitsstrategie“ wieder auf.

Tatsächlich zeigen die ständigen Drohungen der USA gegen Kuba, Kolumbien und Mexiko, dass nicht nur Venezuela, sondern unsere ge-

samte Region gefährdet ist. Das erdölfreie Venezuela, das 1999 zudem einen linksgerichteten politischen und sozialen Veränderungsprozess begann, war dem US-Imperialismus jedoch ein Dorn im Auge. Trotz Blockade und wiederholter Versuche, das Regime zu stürzen, hat er seine Ziele im Land nicht erreicht.

Dadurch sind die Bedingungen in Venezuela heute schwierig. Das venezolanische Volk ist jedoch im Widerstand geübt. Es ist ein Volk des Friedens, des Dialogs, der kubischen Vielfalt und Magie.

Der Irrationalität imperialistischer Kriege und der kapitalistischen Plünderung von Völkern und Natur müssen wir international mit Organisation, Mobilisierung und Solidarität entgegentreten.

Julieta Daza ist Aktivistin aus Caracas in Venezuela

Unfrieden Made in USA

Edgar Göll

Kuba ist durch die Willkür der Trump-Regierung existenziell gefährdet. Seit 1959 versuchen die USA mit allen Mitteln, Kuba zu ruinieren. Trump und Rubio eskalieren jetzt und drohen, Kuba werde bis Ende 2026 zusammenbrechen. Die US-Blockadepolitik beeinträchtigt das Leben in Kuba dramatisch. Der Ökonom Jeffrey Sachs schätzt, dass das Pro-Kopf-Einkommen nur einem Viertel dessen beträgt, was es ohne die Blockade wäre. Mit diesen wiederholten Regelverletzungen setzen die USA in der internationalen Politik das Recht des Stärkeren durch.

Seit 1902 beeinflussen die USA Kuba, haben Guantanamo besetzt und als Folterzentrum missbraucht. Sie agieren mit Lügen und der Umkehrung von Ursache und Wirkung.

So erklärte Trump jüngst: „Ich stelle fest, dass die Lage in Bezug auf Kuba eine ungewöhnliche und außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der USA darstellt (...), und erkläre hiermit einen nationalen Notstand in Bezug auf diese Bedrohung.“ Damit sind hohe US-Zölle gegen Ölexporte nach Kuba möglich. Auch werden neue Militärstrategien wie kognitive und hybride Kriegsführung gegen

Kuba angewendet, das mit gezielten Kampagnen „sturmreif geschrieben“ werden soll.

Mit dem brutalen Überfall gegen Venezuela verbreitet die Trump-Regierung wieder „shock and awe“. Sie demonstriert ihre militärische Übermacht und imperialistische Willkür.

Durch die Monroe-Doktrin und die Nationale Sicherheitsstrategie eskaliert die US-Politik weiter. Zugleich sollen die bereits gigantisch hohen Rüstungsausgaben noch einmal um 50% erhöht werden.

Seit seinem Amtsantritt hat Trump alle Arbeitsdialoge mit Kuba

beendet und Gesprächsangebote ignoriert. Nun droht er und möchte einen Deal machen. Hier gilt es Gegenkräfte zu mobilisieren, denn Venezuela und Kuba sind die Opfer dieser neuen Herrschaftsstrategie.

Che Guevara formulierte es für internationalistische Politik tref-

fend: „Unsere zwei größten Probleme sind erstens der Imperialismus und zweitens der Imperialismus..“ Edgar Göll ist aktiv im Netzwerk Cuba e.V.



(Wirtschafts-)Krieg um Ressourcenausbeutung

Karl-Heinz Peil

Die US-Politik wird von mehreren geopolitischen Zielen getrieben. Ein wesentlicher Teil davon ist die Ausbeutung strategisch wichtiger natürlicher Ressourcen. Dies war auch Thema des jüngsten Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos. Dabei ging es nicht nur um die aggressiven Landnahmepläne von Donald Trump. Von größerer Bedeutung waren jedoch die Rede des chinesischen Vizepremiers He Lifeng und seine ausführlichen Gespräche mit

internationalen Wirtschaftsvertretern. Angesichts zunehmender Ressourcenkonflikte betonte er die Prinzipien eines fairen und freien internationalen Handels.

Dem gegenüber steht zunehmend eine von militärischen Ambitionen getriebene Strategie der „westlichen Wertegemeinschaft“, die darauf abzielt, bei vermeintlichen „Schlüsseltechnologien“ Spitzenreiter zu werden. Sie erweist sich aufgrund bestehender Abhängigkeiten von Ressourcen wie z.B. aktuell bei den Seltenen Erden als unsinnig. Da diese auch bei hauptsächlich ziviler

Nutzung als „Dual Use“ militärisch relevant sind, führt dies zu einer Abschottung der anwendungsorientierten Forschung und behindert somit Innovationen auf kooperativer Basis. Insbesondere die deutsche Wirtschaftspolitik wird gemäß der seit Jahren vorhandenen Strategiepapiere von diesem Ziel angetrieben. Dies nimmt zunehmend absurde Züge an, wie die derzeit in offene Konkurrenz umschlagende „Rüstungskooperation“ zwischen Deutschland und Frankreich bei dem Kampfjet-Großprojekt FCAS zeigt, bei dem es vor allem um

deutsche Bestrebungen nach Technologieführung geht.

Wahre Schlüsseltechnologien sind jedoch solche, die zu Resourceneffizienz statt -plünderung führen. Dies ist insbesondere bei der Digitalisierung zwingend notwendig, da ansonsten militärisch definierte Technologieführung zu einer sich abzeichnenden globalen Ökokatastrophe führen wird. Anstatt anhaltende ideologische Blockaden gegenüber China als „systemischen Rivalen“ aufrechtzuerhalten, muss dessen mittlerweile vorhandene wissenschaftlich-technologische

Führungsrolle anerkannt werden.

In Zeiten der sich entwickelnden Multipolarität stehen die Chancen für eine Rückbesinnung auf globale Kooperation (Multilateralismus) deshalb nicht schlecht. Vorerst gilt es jedoch, den militärisch geprägten globalen Konfrontationskurs zu beenden und Freiräume für wissenschaftliche Zusammenarbeit zu schaffen, was letztlich auch für das Überleben der Menschheit notwendig ist.

mehr Infos unter <https://umwelt-militaer.org>

Von nuklearer Abschreckung zu nuklearer Abrüstung: Wege zu einer sicheren Welt

Julia Engels

Atomwaffen sind keine Sicherheitsgarantie, sondern ein permanentes Risiko. Die Logik der nuklearen Abschreckung beruht auf Angst: Staaten halten sich gegenseitig mit der Drohung vollständiger Vernichtung in Schach. Doch diese Logik ist fragil. Technische Fehler, menschliches Versagen oder politische Eskalationen können jederzeit außer Kontrolle geraten. Ein einziger Fehlalarm könnte Millionen Menschen das Leben kosten.

Die gegenwärtigen geopoliti-

schen Spannungen machen deutlich, wie gefährlich diese Situation ist. Rüstungskontrollverträge zerfallen, Atomwaffen werden modernisiert, Einsatzschwellen gesenkt. Statt Sicherheit entsteht eine neue Instabilität. Abschreckung verhindert keinen Krieg. Sie verschiebt ihn lediglich in den Bereich des Unkontrollierbaren.

Die Alternative ist keine naive Hoffnung, sondern eine politische Notwendigkeit: nukleare Abrüstung. Internationale Abkommen wie der Nichtverbreitungsvortrag (NVA) und der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) zeigen, dass

Zusammenarbeit möglich ist. Sie setzen klare Normen und benennen Atomwaffen als das, was sie sind: unvereinbar mit menschlicher Sicherheit.

Abrüstung beginnt mit konkreten Schritten. Dazu gehören die Senkung der Einsatzbereitschaft, Transparenz über Nukleararsenale, die Wiederbelebung von Rüstungskontrolle und der Ausbau diplomatischer Kanäle. Jede Maßnahme, die das Risiko eines unbeabsichtigten Einsatzes reduziert, ist ein Gewinn für die globale Sicherheit.

Doch Sicherheit entsteht nicht allein durch Verträge. Sie braucht

politische Entschlossenheit und gesellschaftlichen Druck. Friedensbewegungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft spielen eine zentrale Rolle, indem sie Risiken benennen, Alternativen aufzeigen und Regierungen in die Verantwortung nehmen.

Nukleare Abrüstung ist kein fernes Ideal. Sie ist eine Frage der Vernunft und der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Eine Welt, die ihre Sicherheit auf Massenvernichtungswaffen gründet, lebt ständig am Rand der Katastrophe. Eine friedlichere Welt beginnt dort, wo wir diese Logik

hinter uns lassen und den Mut haben, Sicherheit neu zu denken.

Jeder Tag ohne Abrüstung erhöht das Risiko eines Atomunfalls oder einer Eskalation. Wir müssen bestehende Rüstungskontrollverträge stärken, Transparenz über Arsenale einfordern und den Dialog zwischen Atommächten aktiv unterstützen. Sonst bleibt die Welt weiterhin auf der Kippe.

Julia Engels ist Doktorandin und Politikwissenschaftlerin an der RWTH Aachen

Die EU: Aggressiv nach außen, repressiv nach innen

Peter Wahl

Bereits 2016 – also lange vor der aktuellen Zuspitzung der internationalen Lage – erklärte das EU-Parlament, dass die Union „ihr volles Potenzial als Weltmacht nur nutzen kann, wenn sie ihre einzigartige ‚Soft Power‘ mit ‚Hard Power‘ kombiniert“.

Zehn Jahre später hat sich dieser Mix aus geopolitischer Machtgier und dünkelhafter Selbstbewirräuherung zu anti-russischem Fanatismus ausgewachsen. So versucht Brüssel mit aller Kraft, eine Verhandlungslösung für den Ukrainekrieg zu blockieren. Der Krieg soll bis zum letzten Ukrainer verlängert werden, damit Russland geschwächt wird.

Die Ukraine erhält dafür noch einmal 90 Mrd. Euro, die Hälfte davon für Waffen – zusätzlich zu den bilateralen Hilfen. Mit dem Programm ‚Rearm Europe‘ werden 800 Mrd. Euro für die Rüstungsindustrien der Mitgliedsländer bereitgestellt. Ein Dutzend weitere Projekte dient der Militarisierung. Es gilt von der Leyens Parole: „Wir werden auf unsere gesamte Politik durch die Brille der Sicherheitspolitik sehen“.

Um die mentale und materielle Militarisierung durchzudrücken, muss Konformismus an der Heimatfront her. Denn bekanntlich steckt die EU auch noch in einer wirtschaftlichen Strukturkrise und kämpft gegen den technologischen Abstieg in die zweite Liga.

Damit die Kanonenstatt-Butter-Politik funktioniert, wird deshalb nach allen Regeln psychologischer Kriegsführung Russenangst geschürt.



„Feindsender“ wie SPUTNIK und Russia Today wurden verboten. Allzu kritische Stimmen landen ohne rechtsstaatlichen Schutz auf der Sanktionsliste, so z.B. der Militär-

analyst Jacques Baud in Belgien. Jetzt ist allenthalben von „europäischer Autonomie“ die Rede. Ja, Ablösung von Washington ist notwendig. Aber die Alternative ist

nicht die EU als militärische Großmacht. Was wir brauchen, ist Frieden in und mit ganz Europa. Und dazu gehört vernünftige Koexistenz mit dem russischen Nachbarn. Nur

so haben soziale, ökologische und demokratische Emanzipation eine Zukunft.

Peter Wahl, ist Autor

UN-Charta als Plädoyer für Frieden und Menschenwürde

Michael von der Schulenburg

Die Welt um uns herum gleitet in rasantem Tempo in eine neue Ära globaler Anarchie ab, in der nur noch das Recht des Stärkeren zu gelten scheint. Die Europäische Union rechtfertigt ihre massiven Aufrüstungsprogramme inzwischen mit der alten römischen Maxime: „Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor.“ Gleichzeitig erklärt US-Präsident Trump öffentlich, er fühle sich nicht länger an internationales Recht

oder bestehende Verträge gebunden, sondern werde sich künftig allein von seiner „eigenen Moral“ leiten lassen. Nun ist auch noch das letzte Abkommen über Nuklearwaffen ausgelaufen. Es gibt heute keine Rüstungskontrollabkommen und keine vertrauensbildenden Maßnahmen mehr.

Konflikte werden kaum noch verhandelt; stattdessen wird zuerst gedroht – oder gleich geschossen. Staaten marschieren in andere Länder ein, betreiben „Regime Change“, entführen Präsidenten, ziehen Gren-

zen neu und annexieren souveräne Gebiete. Frieden wird zu einem Privileg, das nur noch den Großmächten vorbehalten ist – jenen, die in der Lage sind, mit militärischer Gewalt zu drohen oder sie einzusetzen. Macht ersetzt den Dialog. Und massive Aufrüstung erscheint als unausweichliche Konsequenz.

Diese neue Realität erreicht ihren Höhepunkt, seit Präsident Trump die Schaffung eines „Friedensrats“ unter seinem persönlichen Kommando angekündigt hat, dessen Mitgliedsbeiträge bis zu einer Milliarde

Dollar betragen sollen. Wer nicht an diesem Tisch sitzt, so wird uns immer wieder gesagt, landet auf der Speisekarte. An diesem Tisch aber sitzen dann nur noch die Reichen und Privilegierten. Damit droht nicht nur das internationale Recht zu verschwinden, sondern auch die Demokratie und jeder Anspruch auf soziale Gerechtigkeit.

Umso dringlicher ist es, für die UN-Charta einzutreten – jenes Dokument, in dem sich alle Staaten der Welt, große wie kleine, verpflichtet haben, ihre Konflikte

nicht mit Gewalt, sondern durch Verhandlungen zu lösen. Sie haben sich verpflichtet, die Würde jedes Menschen zu achten, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder sozialem Status. Diese Prinzipien sind kein Luxus, sondern die Grundlage einer zivilisierten und friedlicheren Weltordnung. Sie zu verteidigen ist heute notwendiger denn je.

Michael von der Schulenburg ist MdEP

Eine russische Stimme für Frieden in Europa

Dr. Vladislav Belov

Die Aufrüstung wird unterfüttert durch einen neuen Rüstungskeynesianismus. Als Ziel reicht sie weit zurück: Nach dem Libyenkrieg 2011 und der deutschen Enthaltung, die als „diplomatischer Scherbenhau“ deklariert wurde, ist ein außenpolitischer Elitenkonsens entstanden, der besagt: Ein großes, globalisierungsabhängiges Land wie Deutschland könne es sich nicht leisten, ein wirtschaftlicher Riese, aber außenpolitischer Zwerg zu sein. Die „Politik der militärischen Zurückhaltung“ müsse zugunsten einer „neuen Verantwortung“ aufgegeben werden. Vor der „Zeitenwende“ von 2022 gab es die „außenpolitische Zäsur“ von 2014. Die heute mit Verweis auf eine schemenhafte russische Bedrohung als defensiv und reaktiv dargestellte Hochrüstung war von Anfang an offensiv und proaktiv. Aber als solche ließe sie sich gegenüber der eigenen, durch zwei Weltkriege und das damit verbundene Leid skeptisch gewordenen Bevölkerung nicht rechtfertigen.

Der Aufrüstungskonsens der Eliten wird dabei wesentlich aus den USA bestimmt. Sie drängen schon seit ihrem 2011 vollzogenen „Schwenk nach Asien“ für eine Lastenteilung innerhalb der „globalen NATO“, die sich nun gegen China richtet. Nach dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine erklärte die damalige Scholz-Regierung, man werde künftig das Zweiprozentziel der NATO erfüllen. Nach seiner Machtübernahme forderte US-Präsident Donald Trump Rüstungsausgaben in Höhe von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, was in etwa der Hälfte des deutschen Bundeshaushalts entsprechen wird. Die europäischen NATO-Staaten gaben, mit Ausnahme Spaniens, der US-Forderung ganz und gar nach. Ist also die Bedrohung durch Russland zwischen dem 24. Februar 2022 und heute um den Faktor 2,5 gestiegen? Natürlich nicht. Trump fordert 5 Prozent, die Europäer zahlen 5 Prozent. Entsprechend gab es auch keine besondere Bedarfserhebung in den europäischen Militärs. Die neue Hochrüstung sind Blankschecks für eine hochgradig monopolisierte



Rüstungsindustrie und zugleich ein Konjunkturprogramm für die USA und ihren militärisch-industriellen Komplex.

Olaf Scholz (SPD) musste nun das Ziel eines „kriegstüchtigen“ Deutschlands noch über ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro bewerkstelligen. Der neue Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ließ das schon abgewählte Parlament einberufen, um das Grundgesetz dahingehend zu ändern, dass die „Schuldenbremse“ allein für die Hochrüstung aufgehoben werde. Der sozialdemokratische Koalitionspartner feierte es als Sieg, dass neben der Aufrüstung auch 500 Milliarden Euro in die über Jahrzehnte kaputtgesepte Infrastruktur fließen soll. Zugleich steht auch die Sanierung von Straßen, Brücken, Schienen und Krankenhäusern unter dem Ziel von „Kriegstüchtigkeit“.

Die neue „Kriegswirtschaft“, die CDU/CSU-Mann Manfred Weber, Chef der konservativen Europäischen Volkspartei, fordert, hat viele Triebkräfte. Dazu gehören neben dem außenpolitischen Elitenkonsens natürlich die Rüstungskonzerne. Dass sich „Rheinmetall“-Chef Armin Papperger sehr zufrieden mit der Bundesregierung zeigt, hat mit den

riesigen Umsätzen und Profiten zu tun, die die staatlichen Aufträge versprechen. Die Rheinmetall-Aktie hat seit Beginn des Ukrainekriegs eine Wertsteigerung um 1.817% erfahren, die von Hensoldt um 783% (Stand 4.8.2025). „Der Aktionär“ spricht vom „Megatrend“ Rüstung.

Zugleich gibt es auch andere ökonomische Triebkräfte. Die deutschen Konzernverbände und ihre Institute wie das „Institut der deutschen Wirtschaft“ des BDI, das Kieler Institut für Weltwirtschaft und das IFO-Institut und auch das DGB-eigene Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) forderten schon im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 Infrastrukturinvestitionen. Sie wurden im Namen der Schuldenbremse des damaligen Bundesfinanzministers Christian Lindner (FDP) blockiert. Seither hat sich nicht nur die Infrastrukturkrise verschärft. Mit dem Ukrainekrieg ist zum Investitionsstau noch eine weitere Triebkraft entstanden, denn die Beendigung der europäisch-russischen Energie-symbiose, die sich daraus ergebende Energiepreisinflation und der allgemeine Bumerang der mit Ansage gescheiterten Russland-Sanktionen haben in Deutschland das Ende des

Exportmodells und einen Prozess der Deindustrialisierung eingeläutet. Vor allem die energieintensiven Branchen wie die Autoindustrie und ihre Zulieferer sowie die Chemie- und Pharmaindustrie sind in einer Existenzkrise. Zwei Jahre konsekutiven Negativwachstums sind ihr Symptom.

Die Rüstung soll nun Wachstumsimpulse liefern. Volkswagen-Werke sollen in Rheinmetall-Werke umgewidmet werden. Wenn die Chinesen keine deutschen Autos mehr kaufen, dann kauft der deutsche Staat Panzer gegen China.

Das ist jedoch kurz-sichtig. Aufrüstung fördert nicht nur die Kriegsgefahr. Sie ist auch tote Konsumtion. Investitionen in Bildung, Gesundheit, andere Industriepolitik versprechen eine viel größere konjunkturelle Wirkung. Zudem geht Aufrüstung auch zu Lasten ziviler Produktion. Die

Folge ist Teuerung. Darüber hinaus verschiebt sie gesellschaftliche Ressourcen, Ingenieurs-Knowhow, Hochschulforschung usw. weg von gesellschaftlichen Zielen wie dem Klimaschutz, der Mobilitätswende und der sozialen Gerechtigkeit.

Letzttere wird mit der Hochrüstung ohnehin unter die Räder kommen. Die Tilgung der Schulden,

die mit der unbeschränkten Kreditaufnahme für die Aufrüstung entstehen, werden aus dem laufenden Haushalt geschehen müssen. Dierk Hirschel, Chefökonom der Gewerkschaft ver.di und Mitglied von DL21 in der SPD, und andere haben vorgerechnet, dass der Schuldendienst schon 2027 die finanziellen Spielräume für Ausgaben in allen anderen Bereichen – Arbeit, Bildung, Gesundheit, Rente – im Grunde ganz und gar austrocknen wird. Die Aufrüstung gerät in einen extremen Gegensatz zur Verteilung, was die Sozialdemokraten mit der Grundgesetzänderung eigentlich verhindern wollten.

Am Ende wird die Hochrüstung, wie in den USA, zur Entstehung eines militärisch-industriellen Komplexes führen. Kommunen werden um Gelder aus Töpfen der neuen 5%-BIP-Rüstungsausgaben konkurrieren, die Wiederwahl von Politikern wird davon abhängen, inwiefern sie Rüstungsproduktion bei sich ansiedeln oder Infrastrukturmittel für die „Kriegstüchtigkeit“ an Land ziehen. Ein militärisch-industrieller Komplex muss sich aber ständig neue Gefahren schaffen und Möglichkeiten, die angeschafften Waffenarsenale wieder zu zerstören. Das bedeutet – der US-militärisch-industrielle Komplex macht es vor – Krieg, ja Krieg in Permanenz.

Dr. Vladislav Belov ist Direktor des Zentrums für Deutschlandforschungen am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften und Vize-Präsident der Gesellschaft „Russland – Deutschland“ (Moskau)

Wiesbaden und Grafenwöhr wehren sich gegen Mittelstreckenwaffen

Gerhard Strauch & Jan Menning

Wie beim NATO-Gipfel im Sommer 2024 vereinbart, sollen in diesem Jahr US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden, darunter die Hyperschallrakete „Dark Eagle“, die Moskau in etwa zehn Minuten erreichen könnte. Die 2021 reaktivierte 56. Artillerie-Einheit, die in den 1980er Jahren für die Cruise Missiles zuständig war, soll von einem Kasernengelände im Wiesbadener

Stadtteil Mainz-Kastel aus den Einsatz der Raketen und Marschflugkörper steuern. Den Oberbefehl hat der jeweilige US-Präsident. Es handelt sich um konventionelle Angriffswaffen, die einen sogenannten Erst-, Enthauptungs- oder Präventivschlag ermöglichen bzw. provozieren und dadurch einen Atomkrieg auslösen können.

Da die Wiesbadener und Mainzer in diesem Fall die ersten Opfer wären, haben wir das „Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationie-

rung“ gegründet. Wir informieren die Bevölkerung mit Infoständen und Expertenvorträgen und haben mehr als 1.000 Unterschriften unter den „Berliner Appell“ gesammelt. Wir stehen in engem Kontakt zu Friedensgruppen in Franken und der Oberpfalz, da der Truppenübungsplatz Grafenwöhr vermutlich als Einsatzort für diese gefährlichen Waffen vorgesehen ist. Zu einer Protestkundgebung am 20.09.2025 haben wir ein Grußwort geschickt. Am 28.03. werden sich im Rahmen

der Friedensfahrradtour Oberpfalz zwei Gruppen vor dem Militärgelände treffen. Die größte Aktion soll am 30. Mai stattfinden. Für zwei gleichzeitige Demonstrationen in Wiesbaden und Grafenwöhr wollen wir bundesweit mobilisieren, um an den Erfolg der Großdemonstration am 29.03.2025 in Wiesbaden anzuknüpfen. Wir rufen alle Friedensfreund:innen auf, diesen Tag rot im Kalender anzustreichen und zahlreich anzureisen. Gemeinsam wollen wir ein starkes Zei-

chen des Protests setzen und den Stationierungsplänen eine Absage erteilen.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK · Weitere Infos: www.dfg-vk.de | www.rib-ev.de

Weitere Infos: www.russlandistnichtunserfeind.de

Das Projekt „Neues Gaza“

George Rashmawi,

Zu Beginn des Jahres 2026 wurde auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos das bekannte Projekt „New Gaza“ (Neues Gaza) von Donald Trump erneut ins Gespräch gebracht. Das Projekt zielt darauf ab, den Gazastreifen aus einem Zustand des Zusammenbruchs in eine offene Marktwirtschaft zu überführen, die auf privaten Investitionen und moderner Infrastruktur basiert. Diese Ziele stehen jedoch in keinem Bezug zur realen politischen und wirtschaftlichen Lage im Gazastreifen. Schätzungen der Vereinten Nationen und der Weltbank zufolge übersteigen die Kosten für den Wiederaufbau Gazas bereits das Doppelte des im Plan vorgesehenen Betrags.

Dazu gehört die Beseitigung von über 60 Millionen Tonnen Trümmern, der Wiederaufbau von Hundertausenden Wohneinheiten, die Reparatur von Wasser-, Strom- und Abwassernetzen sowie die Wiederinstandsetzung von Krankenhäusern und Schulen, von denen ein großer Teil außer Betrieb gesetzt wurde.

Mit dieser materiellen Zerstörung ist eine beispiellose humanitäre und institutionelle Katastrophe untrennbar verbunden. Bis Anfang 2026 deuten lokale und israelische Schätzungen sowie Berichte der Vereinten Nationen und internationaler Organisationen darauf hin, dass die Zahl der palästinensischen Todesopfer 75.000 überschritten hat. Hinzu kommen mehr als 173.000 Verletzte, von denen viele schwere Verletzungen und dauerhafte Behinderungen erlitten haben. Darüber hinaus gibt es Tausende Vermisste, deren Schicksal weiterhin unbekannt ist und von denen viele vermutlich unter den Trümmern liegen.

Auch die Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur wurde nahezu vollständig zerstört. Etwa 70–80 Prozent der Krankenhäuser und Gesundheitszentren sind durch direkte Angriffe oder infolge des Zusammenbruchs von Lieferketten sowie des Mangels an Treibstoff und medizinischem Material vollständig oder teilweise außer Betrieb (Anga-



ben der Weltgesundheitsorganisation und von UN-Büros). Mehr als 85 % der Schulen wurden beschädigt oder zerstört, ebenso nahezu alle Universitäten, sei es durch vollständige oder teilweise Zerstörung oder durch ihre Umwandlung in Notunterkünfte.

In israelischen Gefängnissen und Haftzentren werden über 10.000 Gefangene und Inhaftierte festgehalten, darunter Frauen und Kinder sowie Tausende, die unter dem Vorwurf der „Administrativhaft“ oder als „unrechtmäßige Kämpfer“ inhaftiert sind.

Diese Kluft zwischen dem Ausmaß der Katastrophe und den vor-

geschlagenen Finanzmitteln spiegelt einen grundlegenden Unterschied in der Wahrnehmung der Realität wider. Während der Plan Gaza als ein ins Stocken geratenes Entwicklungsprojekt behandelt, das lediglich Kapitalzufuhr und Investitionen benötigt, zeigen die Indikatoren für Anfang 2026 eine nahezu gelähmte Wirtschaft aufgrund der weitgehenden Zerstörung der produktiven Basis in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen.

Wiederaufbau und wirtschaftliche Belebung sind weiterhin von strikten Besatzungsmaßnahmen geprägt. Der Waren- und Personenverkehr bleibt – trotz der Rede

von logistischen Korridoren sowie einem „künftigen“ Hafen und Flughafen – faktisch von externen Kontrollmechanismen abhängig. Dies zeigt sich besonders deutlich an den Grenzübergängen. Zuletzt war dies am Grenzübergang Rafah zu beobachten, wo Öffnungen als humanitäre oder wirtschaftliche Schritte dargestellt werden, tatsächlich jedoch nach komplexen Sicherheitsvereinbarungen, engen Obergrenzen und Kontrollverfahren erfolgen. Diese machen den Verkehr instabil und für eine wirtschaftliche Wiederbelebung unzureichend.

Gaza braucht nicht nur Milliarden Dollar, sondern einen grund-

legenden Wandel der politischen Bedingungen, die die Zerstörung ermöglicht und wiederkehrend gemacht haben. Ohne einen solchen Wandel und eine politische Lösung wird „Neues Gaza“ nur ein klangvoller Titel auf internationalen Konferenzen bleiben.

George Rashmawi ist Arzt und Sprecher der palästinensischen Gemeinde in Deutschland
Spenden erbeten an: Deutsch-Palästinensische Medizinische Gesellschaft e.V.
IBAN: DE 48 4401 0046 0999 5114 61
– Verwendungszweck: Gaza

Menschenrechte? Ansichtssache!

Yusuf As

In dem offenen Genozid in Gaza wurden laut der dortigen Gesundheitsbehörde über 70.000 Menschen getötet. Selbst das israelische Militär widerspricht dieser Zahl nicht. In der Region wurde jegliche Infrastruktur vernichtet. Von Krankenhäusern bis zu Schulen steht kein Stein auf dem anderen. Über 200 Journalisten, mehr als 1.700 Krankenhausbeschäftigte sowie zehntausende Kinder und Frauen wurden ermordet.

In Deutschland müsste es einen Aufschrei geben. Wir sind es gewohnt, dass Deutschland seine Menschenrechtskarte ausspielt und Krieg führt, wie bis vor kurzem in Afghanistan, „damit Mädchen zur Schule gehen können“, oder dass es

Staaten sanktioniert, beispielsweise wenn es um Russland geht. Handels- und diplomatische Beziehungen werden abgebrochen, russische Gelder, die auf EU-Banken gehortet wurden, beschlagnahmt und der vermeintliche Gegner mit Geld und Waffen versorgt. Auf der internationalen Bühne wird Russland – sicherlich auch zu Recht – bei jeder Gelegenheit verurteilt. Sogar der Ausschluss russischer Sportler von Wettkämpfen oder Boykotte von Bundespräsidenten bei Veranstaltungen gehören zum guten Ton deutscher Menschenrechtsverteidigung.

Aber wo bleiben die Menschenrechte und der Aufschrei bei Palästina? Sie sind der vermeintlichen Staatsräson zum Opfer gefallen! Immer wenn es um die eigenen

Interessen geht, wird mit zweierlei Maß gehandelt. Ein Völkermord dient dem Schutz Israels, während das Kidnappen eines fremden Präsidenten durch die USA als „komplex“ eingestuft wird.

Der Genozid in Palästina oder die Intervention der USA in Venezuela zeigen deutlich, worum es bei den aktuellen Kriegen wirklich geht. Diese Situation markiert keinen historischen Ausnahmezustand, sondern eine Zuspitzung des Bestehenden.

Wer heute überrascht ist, von einem „Tabubruch“ spricht oder den moralischen Verfall einzelner Politiker beklagt, verlagert den Kern des Problems auf „einzelne Personen“. Diese haben durchaus einen Anteil an den Verwerfungen, doch das Problem ist systemisch bedingt und

gehört zum Charakter des profitorientierten Systems.

Monopolbildung, die Verschmelzung von Industrie- und Finanzkapital, Kapitalexport statt Warenexport, die Aufteilung der Welt unter konkurrierenden Kapitalblöcken und zuletzt Kriege sind keine politischen Entscheidungen, sondern ökonomische Zwänge.

Aus dieser Logik folgt zwingend, dass Staaten nicht primär moralisch oder ideologisch handeln, sondern als ausführende und handelnde Organe dominanter Kapitalinteressen. Es wäre eine Illusion, auf das Völkerrecht zu verweisen. Dieses wird nämlich mit Füßen getreten. Vor allem die westlichen Imperialisten malen sich ihre eigene Welt, wie sie ihnen gefällt. Wir müssen die Kriege als kapitalistische Krise

bzw. Zuspitzung betrachten und aufzeigen. Wir müssen sie in ihren imperialistischen Widersprüchen angreifen.

Diese Entwicklung muss im internationalen Kontext betrachtet werden, in dem die Konkurrenz zwischen den Imperialisten immer aggressiver ausgetragen wird. Der Kampf um Rohstoffe, Einflussphären, Absatzmärkte und Arbeitskräfte verschärft das Risiko von Kriegen. Dies zeigen der Krieg in der Ukraine und der Völkermord in Palästina bereits deutlich. Doch auch eine direkte Konfrontation zwischen den Großmächten ist nicht mehr ausgeschlossen.

Yusuf As ist Mitglied im Bundesvorstand der Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF)

Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!

Andrea Hornung

Am 5. Dezember 2025 wurde das sogenannte „Wehrdienst-Modernisierungsgesetz“ verabschiedet. Am gleichen Tag haben 55.000 Schülerinnen und Schüler dagegen gestreikt. Seit Januar werden Briefe mit Fragebögen zur Wehrfassung an alle 18-Jährigen verschickt. Ab 2027 sollen verpflichtende Musterungen hinzukommen.

Die Wehrpflicht ist ein elementarer Bestandteil der Kriegsvorbereitung Deutschlands: Wer einen großen Krieg führen möchte, braucht Soldatinnen und Soldaten. Der Kriegsdienst ist die Fortsetzung der Kriegsvorbereitung aller Bundesregierungen der letzten 35 Jahre und mehr. Der Ton wird rauer. Die NATO-Staaten rüsten massiv auf und führen Kriege auf der ganzen Welt. Letztlich sind diese Entwicklungen auf den Kampf um die Aufteilung der Welt zwischen Banken und Konzernen sowie den sich immer offener als Großmächte verstehenden Staaten zurückzuführen. Die Reichen wollen und brauchen Krieg.

Die große Bedeutung der Schul-



Kölner Aufruf 70+: Gegen Militarisierung und Kriegsdienst!

„Wir sind Kriegs- und Nachkriegskinder des Zweiten Weltkrieges. Wir sind 70 Jahre und älter und viele von uns sind noch durch Trümmerlandschaften gelaufen. Sie waren Ergebnis eines Krieges, den Deutschland mit dem Schlachtruf „Angriff ist die beste Verteidigung!“ begann und 1941 auch nach Russland trug. Am Ende kostete er über 60 Millionen Menschen das Leben. Ist das vergessen? Wir sind entsetzt über die Leichtfertigkeit, mit der heute eine beispiellose Aufrüstung betrieben und über einen europäischen oder sogar Welt-Krieg phantasiert wird, für den die Gesellschaft „kriegstüchtig“ gemacht werden soll. (...) Wir verweigern uns der Militarisierung! Gegen Aufrüstung und jeden Krieg! Abrüsten – noch ist Zeit! Wir wollen nicht, dass unsere Kinder und Enkelkinder in einen nächsten Krieg geschickt werden.“

Kontakt: info@aufruf70.de

streiks gegen die Wehrpflicht liegt in zwei Punkten: Erstens werden diejenigen selbst aktiv, die zum Kriegsdienst gezwungen werden sollen. Sie werden von Objekten der Kriegstreiberei zu Subjekten des Friedenskampfes. Junge Menschen lernen, selbst in den Lauf der Geschichte einzugreifen, statt Spielball zu bleiben. Sie kämpfen nicht nur gegen die Wehrpflicht, sondern auch gegen kaputte Schulen und Ausbildungsplatzmangel. Sie werden selbst aktiv, statt auf eine bessere Regierung zu hoffen. Die Jugend will eine Zukunft.

Zweitens erlaubt das Mittel des Streiks es potenziell, den reibungs-

losen Ablauf der Militarisierung zu stören und ihm tatsächlich etwas entgegenzusetzen. Die Schülerinnen und Schüler haben gezeigt, dass sie dafür auch bereit sind, Regeln zu übertreten. Der Streik zeigt damit, welche Macht wir haben, wenn wir uns organisieren. Dafür braucht es den Schulterschluss von Schülerinnen und Schülern und Gewerkschaften, dafür braucht es die Unterstützung von Lehrerinnen und Lehrern und Eltern sowie der Friedensbewegung. Die Kriegsvorbereitung können wir nur gemeinsam stoppen.

Andrea Hornung, SDAJ und Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“

Widerstand gegen die Wehrpflicht – wehr dich!

Desiree Becker

Sein dem 1. Januar 2026 ist das Wehrmodernisierungsgesetz in Kraft, wodurch die Wehrpflicht wieder ein Stück näher rückt. Es verpflichtet junge Männer dazu, einen Fragebogen auszufüllen und sich mustern zu lassen. Wer sich dem entzieht, muss mit Geldstrafen oder polizeilicher Vorführung rechnen. Bei der Musterung wird entschieden, ob jemand tauglich ist. Dann kann er zur Bundeswehr

gehen. Untauglich? Glückwunsch, du bist davongekommen! Neben dem Sammeln sensibler Daten über junge Männer möchte Kriegsminister Pistorius erreichen, dass sich junge Menschen grundsätzlich mit dem Kriegsdienst auseinandersetzen. Deshalb ist der Fragebogen auch für alle weiteren Geschlechter offen. Die Absicht ist klar: Möglichst viele junge Menschen sollen sich „freiwillig“ für den Dienst an der Waffe entscheiden. Das allein reicht jedoch nicht aus,

das weiß auch Pistorius. Anreize sollen vor allem über Geld geschaffen werden. So wird der „neue“ Wehrdienst mit 2.000 Euro netto und kostenloser Zugfahrt dotiert. Dass dies insbesondere auf junge Menschen wirkt, die nicht in Wohlstand aufgewachsen sind, nutzt Pistorius bewusst aus. Der Wehrdienst mag jungen Erwachsenen als schneller und unbürokratischer Ausweg aus Armut erscheinen, doch der Preis ist hoch: Krieg und Militär zum Lebensmittelpunkt zu machen,

kann im Zweifel das eigene Leben oder zumindest die mentale oder physische Gesundheit kosten.

Die Linke sagt klar NEIN zu allen Zwangsdiensten und bietet mit „Die Linke hilft“ Beratungen zur Kriegsdienstverweigerung an. Wir freuen uns deshalb, dass sich so viele junge Menschen am Schulstreik gegen die Wehrpflicht im Dezember beteiligt haben und weiterhin für den nächsten Streik am 5. März mobilisieren. 2026 muss das Jahr einer breiten Bewegung gegen die Wehrpflicht,

gegen die Kriegstüchtigkeit und gegen den Abbau des Sozialstaates werden! Denn klar ist: Die Militarisierung schreitet jeden Tag weiter voran, während kein Tag ohne Angriffe auf den Sozialstaat vergeht. Nie wieder kriegstüchtig!

Desiree Becker ist MdB Die Linke – weitere Infos: <https://www.faqwehrpflicht.de/>

Wehrpflicht, Militarisierung, wachsender Widerstand

Yannick Kiesel

Seit Monaten erleben wir eine deutliche Zuspitzung der Militarisierung in Deutschland. Mit dem Inkrafttreten des Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes (WDMoG) am 1. Januar 2026 hat die Bundesregierung einen weiteren Schritt in diese Richtung vollzogen und die Wehrpflicht reaktiviert. Dies wird besonders durch die neuen Fragebögen sichtbar, die nun jährlich an ca. 700.000 junge Menschen

verschickt werden. Sie dienen der Vorbereitung einer ab Juli 2027 geplanten flächendeckenden Musterung und sollen den Grundstein für eine erneute verpflichtende Wehrfassung legen.

Diese Entwicklung ist hochproblematisch. Junge Menschen sollen frühzeitig an ein System herangeführt werden, das auf Zwang, Gehorsam und im Zweifel auf Töten und Getötetwerden beruht. Die Wehrpflicht ist dabei kein neutrales Verwaltungsinstrument, sondern

Ausdruck einer Gesellschaft, die immer stärker auf militärische Antworten setzt. Gegen diese Entwicklung regt sich Widerstand. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (DFG-VK) ruft insbesondere die Jahrgänge 2008 bis 2010 dazu auf, sich durch Kriegsdienstverweigerung dem Dienst an der Waffe zu entziehen. Aktuell stehen die Chancen gut, da aufgrund fehlender Kapazitäten zum Teil keine Musteringen stattfinden. Dadurch ergibt

sich die Möglichkeit, ohne Musteringeverfahren zu verweigern.

Auch der Protest gegen die Wehrpflicht wird breiter: Am 5. Dezember 2025 gingen bundesweit Schüler*innen, Jugendinitiativen und Friedensgruppen auf die Straße. Für den 5. März ist ein erneuter bundesweiter Schulstreik geplant, gegen Militarisierung, Wehrpflicht und die zunehmende Normalisierung eines Militarismus im Alltag.

Jetzt kommt es auf Solidarität an. Schüler*innen brauchen Unter-

stützung – von Eltern, Lehrkräften, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Friedensorganisationen. Der Widerstand gegen die Wehrpflicht ist kein Randthema, sondern sollte auch eine zentrale Frage des Ostermarsches sein. Wer heute schweigt, akzeptiert morgen den Zwang. Deshalb: Informieren, verweigern, protestieren – und die nächste Generation nicht allein lassen.

Yannick Kiesel, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen (DFG-VK)

Für einen Austritt Deutschlands aus der NATO

Sevim Dagdelen

Seit ihrer Gründung im Jahr 1949 werden Prognosen über das baldige Ende der NATO gestellt. Doch die Todesorakel führender Politiker dienen nur dem Ausbau militärischer Strukturen und der Expansion. Die Fakten: Die NATO-Staaten geben 1,6 Billionen US-Dollar aus – mehr als je zuvor. Die Gemeinschaftskosten liegen bei 5,3 Milliarden Euro und erreichen damit einen Höchststand. Ihr Anteil

an den globalen Militärausgaben beträgt 55 % und ist steigend, da beschlossen wurde, die Militärausgaben auf 5 % der Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Innere Widersprüche bremsen den globalen Anspruch gegenüber China und den Expansionskurs gegenüber Russland nicht. Je stärker die Überspannung, desto mehr wird der Mythos einer Werte- und Verteidigungsgemeinschaft beschworen. „Einer für alle, alle für einen“ gilt für die US- und deutsche Unter-

stützung Israels beim Völkermord an den Palästinensern sowie für die Straflosigkeit der US-Eliten bei Verbrechen, wie sie die Epstein-Akten nahelegen. Dies gilt für die gesamte NATO. Diese Verbrechen erinnern eher an Caligulas Praktiken als an die eines demokratischen Rechtsstaats. US-Überfälle auf Venezuela, Drohungen gegen den Iran und die Belagerung Kubas dementieren den Charakter einer Verteidigungsgemeinschaft.

Die NATO ist ein US-Instrument.

Die anderen NATO-Mitglieder sollen bei neuem US-Kolonialismus mitwirken. So greifen die USA auf deren Ressourcen im Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg gegen Russland zurück. Trotz Fällen wie Grönland, wo die Europäer Teil des Menüs sind, glauben sie weiterhin, dass ihr Vasallentum ihnen Sicherheit kaufe. Erst ein eigenes Verständnis von Kissingers Worten – die USA haben Interessen, keine Verbündeten – kann Einsichten eröffnen.

Wer hingegen der Meinung ist,

dass US-Raketen in Deutschland für mehr Sicherheit sorgen, scheint den Verstand verloren zu haben. Für immer mehr Menschen bedeutet die NATO auch soziales Elend infolge der Hochrüstung. Es ist Zeit, die Notbremse im rasenden Zug des größten Militärpakts zu ziehen und auszusteigen: Deutschland aus der NATO, und die US-Soldaten raus aus Deutschland.

Sevim Dagdelen, Publizistin und Mitglied im Parteivorstand BSW